

1.6NEU Aus alt mach neu: Kohle und Strukturwandel

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 1. ÖKOLOGISCH und NACHHALTIG - damit Brandenburg grüner wird

Status: Modifiziert

1 Wir setzen uns für eine ökologische, sichere und preiswerte Energieversorgung in Brandenburg ein. Für
2 dieses Ziel brauchen wir den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Braunkohlenutzung. Die
3 Rahmenbedingungen für die Energiewende wurden auf der UN-Klimakonferenz in Paris gesetzt. In Brüssel
4 und Berlin müssen nun verbindliche Beschlüsse gefasst werden, wie der Weg zum notwendigen
5 Klimaschutz gesetzlich ausgestaltet wird. Denn wenn wir nicht rasch und zielorientiert handeln, treibt uns
6 die Klimaerwärmung in immer höherem Tempo in eine bedrohliche Krise – dafür war der heiße Sommer
7 von 2018 nur ein Vorgeschmack. Auch in den Braunkohleregionen schafft ein klarer Ausstiegsfahrplan,
8 verbunden mit verbindlich zugesagten Strukturhilfen, endlich Klarheit, wie es weiter gehen kann.

9 Brandenburg ist bisher auf einem guten Weg beim Ausbau erneuerbarer Energien. Trotzdem ist das Land
10 bei der Einsparung von Treibhausgasen, die durch die Verstromung von Braunkohle entstehen, erfolglos.
11 Strom aus Braunkohle ist jedoch verzichtbar, was der Export von über der Hälfte des hier erzeugten Stroms
12 zeigt. Ohne den Kohleausstieg wiederum kann Deutschland seine mehrfach von Bundesregierung und
13 Bundestag beschlossenen Klimaziele nicht realisieren. Innerhalb von fünf Jahren wollen wir den
14 CO₂-Ausstoß in Brandenburg um die Hälfte reduzieren und dabei die Arbeitslosigkeit weiter reduzieren.

15 **Kohleausstieg ist Einstieg in die Energiewende-Zukunft**

16 Auch weil der längst überfällige Strukturwandel in der Lausitz fahrlässig auf die lange Bank geschoben
17 wurde, ist ein Wandel in der Energiepolitik dringend geboten. Durch die Verschleppung von echten
18 Lösungen ist bei Anwohner*innen und Mitarbeiter*innen an und in den Kohlegruben eine große
19 Verunsicherung entstanden. Wir wollen einen klaren Kohleausstiegsfahrplan mit fairen Entschädigungen
20 und neuen Chancen für die Betroffenen. Die Energieerzeugung aus Braunkohle ist in Brandenburg von
21 einem Segen zu einem Fluch geworden. In der Vergangenheit wurden Schäden durch den
22 Braunkohleabbau in Kauf genommen, auch weil scheinbar keine anderen preiswerten Energiequellen zur
23 Verfügung standen. Die Hoffnungen auf Reichtum in der Lausitz haben sich jedoch nur für sehr wenige
24 erfüllt. Nicht nur die Lausitzer Landschaft wurde verwüstet, die Tagebaue gefährden zunehmend auch die
25 Trinkwasserversorgung der gesamten Region. Auch die Kosten für die Rekultivierung steigen unaufhörlich
26 und können wahrscheinlich vom Betreiber gar nicht im nötigen Umfang erbracht werden.

27 **Kohleausstieg schnellstmöglich umsetzen**

28 Die derzeit auf Bundesebene tagende „Kohlekommission“ ist mit Aufgaben überfrachtet. Offen ist deshalb
29 auch, wie deren Kohleausstiegs-Fahrplan genau aussehen könnte. Mit Blick auf die Klimaziele von Paris ist
30 gleichwohl klar, dass es in Brandenburg keine neuen Tagebaue geben darf. Wir setzen uns deshalb
31 weiterhin mit aller Kraft gegen die Genehmigung des Tagebaus Welzow Süd II ein. Spätestens mit dem
32 Ausköhlen der bestehenden Tagebaue muss Schluss sein mit der Braunkohleverstromung in Brandenburg.
33 Bis dahin wollen wir sicherstellen, dass die LEAG nicht nur an der Braunkohle verdient, sondern auch die
34 anschließenden Rekultivierungskosten – mindestens 3 Mrd € allein für die Lausitz - trägt. Die Gestaltung
35 von Tagebaufolgelandschaften bedeutet noch für Jahre gut bezahlte Arbeitsplätze und ist damit ein
36 wichtiger Beitrag zur Bewältigung des Strukturwandels. Wir wollen die rechtlichen Möglichkeiten
37 Brandenburgs nutzen, um Sicherheitsleistungen für die Lausitzer Tagebaue Welzow und Jänschwalde
38 gegenüber der LEAG festzusetzen.

39 **Chancen nutzen, Risiken vermeiden**

40 Weder die Landesregierung noch die CDU haben die notwendige Entschlossenheit, um den
41 unabänderlichen Strukturwandel in der Lausitz sozial und verlässlich zu gestalten. Die von der letzten
42 Landesregierung favorisierte CCS-Technologie zur Verpressung von Kohlendioxid im Untergrund ist
43 gescheitert. Planungen für den Ausstieg aus der Braunkohle wurden erst begonnen, nachdem die
44 Bundesregierung 2015 die Stilllegung erster Kraftwerksblöcke von Jänschwalde beschlossen hatte.
45 Klimaschutz ist für andere Parteien ein Kostentreiber. Sie sehen die menschengemachte Klimaerwärmung
46 immer noch nicht als bedrohliches Kostenrisiko. Doch für immer mehr Bürger*innen und Kommunen, die
47 viel Geld für die Bewältigung von Trockenheit und Starkregenereignissen ausgeben müssen, ist die
48 Anpassung an den Klimawandel schon jetzt Realität – und sehr teuer. Wir wollen mit neuen Investitionen
49 in den Klimaschutz künftige Schäden vermeiden, neue Arbeitsplätze schaffen und weltweit nachgefragte
50 Lösungen „Made in Brandenburg“ entwickeln.

51 Wir wollen die potentiell verschwindenden Industriearbeitsplätze in der Braunkohlewirtschaft durch
52 vergleichbare Arbeitsplätze in Zukunftsindustrien ersetzen. Ein klarer Zeitplan hilft, die gesteckten Ziele zu
53 erreichen. Zur Umsetzung braucht man nicht nur Geld, sondern auch ein Team, welches mit den nötigen
54 Kompetenzen und Ressourcen ausgestattet ist. Je eher damit begonnen und ein finales Datum definiert
55 wird, umso erfolgreicher kann der Prozess gestaltet werden. Im Lausitzer Revier sind aktuell rund 8.280
56 Menschen im Verstromungssektor von Braunkohle beschäftigt (Statistik der Kohlenwirtschaft e.V., 2017).
57 Klar ist für uns, dass insbesondere das Lausitzer Revier enge Begleitung braucht. Dort liegt der Anteil der
58 von der Braunkohle abhängigen Jobs bei 3,3 Prozent aller dort sozialversicherungspflichtig
59 Beschäftigten.

60 Um den notwendigen Strukturwandel in der Lausitz in Gang zu setzen schlagen wir vor, gemeinsam mit der
61 Bundesregierung und dem Land Sachsen Verhandlungen über ein Verwaltungsabkommen zum
62 Strukturwandel in der Lausitz zu führen. Hierbei sind die Voraussetzungen für einen erfolgreichen,
63 klimaschutzbedingten Strukturwandel in der Lausitz zu definieren, sowie Vereinbarungen über folgende
64 Maßnahmen zu treffen und umzusetzen:

65 **Einsetzung eines Lausitz-Steuerungskreises**

66 Ein Steuerungskreis soll einen Masterplan für die zukünftige Entwicklung der Lausitz erarbeiten sowie die
67 Aktivitäten vor Ort bündeln und koordinieren. Dieses Gremium setzt sich aus Vertretern aus der Region
68 (Innovationsregion Lausitz, Wirtschaftsregion Lausitz), der Politik (Bund, Land Sachsen, Land Brandenburg)
69 und Vertretern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft zusammen.

70 **Handlungsfahrplan für die Zukunft der Braunkohle in der Lausitz erstellen**

71 Der Steuerungskreis erarbeitet – in enger Abstimmung mit allen weiteren Akteuren in der Lausitz – ein
72 zentrales, strategisches Referenzdokument (Masterplan) sowie einen entsprechenden Zeitplan (Roadmap).
73 Dieser muss mit übergeordneten politischen Prozessen verzahnt werden. Ein solches Dokument dient den
74 vielfältigen Akteur*innen in der Region als Leitfaden für ihr künftiges Handeln.

75 **Einrichtung einer Geschäftsstelle „Strukturwandel Lausitz“**

76 Die Geschäftsstelle soll entlang der Vorgaben des Steuerungskreises den Masterplan formulieren und
77 ausarbeiten. Sie koordiniert und überwacht die Umsetzung in den verschiedenen Projekten und Initiativen.
78 Gleichzeitig soll sie jährlich über den Umsetzungsstand Bericht gegenüber den Landtag erstatten.
79 Aufgaben der Geschäftsstelle sind insbesondere:

- 80 • die Koordinierung bei der Aufstellung von eindeutigen und messbaren Zielen,
- 81 • die Abstimmung von interkommunalen/regionalen Förderanträgen und
- 82 • die Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit.

83 **Gründung eines Strukturwandel- und Innovationsfonds (Lausitzfonds)**

84 Für die Prozessgestaltung und die anstehenden Investitionen, benötigt die Lausitz Mittel in nicht
85 unerheblichem Umfang. Diese Gelder sollen in einem regionalen Fonds bereitgestellt werden. Ein solcher
86 Fonds soll folgende Aufgaben haben:

- 87 • strategische Koordination und Abstimmung von Zielen und Handlungsfeldern,
- 88 • Akquisition externer finanzieller Ressourcen,
- 89 • Finanzierungsmechanismus Finanzierungsinstrument für Investitionen in der Region.

90 Grundsätzlich sollte der regionale Finanzierungsfonds komplementär zu Förderangeboten des Landes,des
91 Bundes und der EU wirken.

92 **Lausitzstiftung gründen**

94
95 Neben der Förderung von Wirtschaft, Wissenschaft und Infrastruktur braucht es ebenso die Stärkung des
96 zivilgesellschaftlichen Engagements für die Gestaltung des Strukturwandels. Kommunale Initiativen,
97 Einzel-Projekte oder auch kleinere Startups können helfen, die Attraktivität der Region maßgeblich zu
98 steigern. Um derartige Entwicklungen zu fördern, bedarf es einer entsprechenden Stiftung als
99 Fördermittelgeberin und Beraterin. Wir wollen diese Stiftung einrichten und mit festen Einzahlungen über
100 15 Jahre verankern. Sollten die Mittel nicht im jeweiligen Jahr ausgegeben werden, sollen sie für die
101 Folgejahre weiterhin zur Verfügung stehen.